

„Die Welt schaut zu“

Interview: Afrika-Experte Ulrich Delius über den drohenden Bürgerkrieg in Kamerun

Von Elisa Brinkhoff

Von der Weltöffentlichkeit fast unbemerkt steht das Land Kamerun in Zentralafrika seit Monaten am Rande eines Bürgerkriegs. Im anglophonen, also englischsprachigen Landesteil fordern Separatisten einen unabhängigen Staat. Die Regierung reagiert mit Härte, erklärt der Experte Ulrich Delius im Interview.

Worum geht es in dem Konflikt?

ULRICH DELIUS: Es geht um einen Sprachenstreit. Die anglophone Region versteht sich als Minderheit in einem überwiegend französischsprachigen Land und fordert seit vielen Jahren Rechte ein, die ihr aber nicht gewährt werden.

Werden die Anglophonen denn tatsächlich benachteiligt?

DELIUS: Es deutet sehr viel darauf hin, dass sie im Schulsystem und im gesamten gesellschaftlichen Leben benachteiligt werden, zum Teil auch bei der Jobvergabe. Da haben sie schlechte Chancen, vor allem wenn sich Anglophone im französischsprachigen Landesteil um Arbeitsplätze bemühen.

Aber eigentlich sind doch Englisch und Französisch als Landessprachen anerkannt.

DELIUS: Im Prinzip schon. Aber Diskriminierung von Minderheiten haben wir in vielen Staaten und auch, dass Mehrheiten denken, sie können sich auf das Recht der Stärkeren berufen. Eigentlich gibt es gute, gesetzliche Regelungen, um zu einem gleichgestellten Ansatz im öffentlichen Leben zu kommen, aber sie werden oft nicht realisiert.

2016 begannen große Proteste der anglophonen Bevölkerung. Was ist passiert?

DELIUS: Wir haben immer einen kleinen Prozentsatz von Anglophonen gehabt, die einen eigenen Weg gehen wollten. Diese Bewegung hat jetzt massiv an Unterstützung gewonnen. Das ist stark auf die Reaktionen des Staats- und Sicherheitsapparats auf die bisherigen Proteste zurückzuführen. 2016 haben Lehrer und Rechtsanwälte bei Demonstrationen die Forderung nach Gleichstellung betont. Als darauf nicht positiv reagiert wurde, kam es immer mehr zu Eskalationen des Konflikts. Befürworter eines strikteren Vorgehens der Anglophonen



Oktober 2017: In frankophonen Douala sollen Soldaten eine Demonstration zur Solidarität mit der anglophonen Bevölkerung verhindern.

Foto: Jean-Pierre Kepsu/MAXPPP/dpa

haben dann im Herbst 2017 den unabhängigen Staat Ambazonia ausgerufen.

Wie hat die Regierung um Präsident Paul Biya reagiert?

DELIUS: Es gibt seit 2016 nur ein Reaktionsmuster des Staates Kamerun: Diese Demonstranten als Terroristen zu bezeichnen und die gewaltsame Lösung durchzusetzen. Es gibt keine ernst zu nehmenden Ansätze für einen politischen Dialog. Der Staat bringt mit immer mehr Einsatz von Sicherheitskräften und viel Gewalt mehr Repression, während die Unabhängigkeitsaktivisten ihre Übergriffe auf staatliche Einrichtungen verschärfen und immer mehr Soldaten und Polizisten töten.

Das Land bräuchte eigentlich dringend einen personellen Wechsel, der eine Chance bieten könnte, wieder Vertrauen aufzubauen. Unter Biya ist das kaum möglich.

Wieso gelingt ein Dialog in Kamerun nicht? Biya hatte doch sogar eine Kommission zur Bilingualität eingesetzt.

DELIUS: Unser Eindruck war, dass von der kamerunischen Regierung absolut keine Einsicht besteht. Was man gemacht hat, war eine Reaktion auf internationale Nachfragen, wie mit dem Konflikt umgegangen wird. Da wollte man etwas vorweisen können, aber unterm Strich ist nichts passiert. Jetzt beobachten wir eine Mischung von Aktivitäten: Einerseits ein bisschen was, um die internationale Öffentlichkeit zufriedenzustellen, und gleichzeitig viel Repression.

Die Separatisten fordern einen unabhängigen Staat. Wie groß ist der Zuspruch der anglophonen Bevölkerung?

DELIUS: Das ist schwer zu sagen. Unter diesen Bedingungen wäre es auch unmöglich,

ein Referendum durchzuführen. Unser Eindruck nach vielen Gesprächen mit Menschen aus den anglophonen Regionen ist, dass die Stimmung immer mehr zur Unabhängigkeit kippt.

Die Unabhängigkeitskämpfer gehen mit Gewalt gegen Soldaten und Polizisten vor – aber auch gegen anglophone Schulen. Wie kann das sein?

DELIUS: Man sieht sie als Repressionsinstrument des Staates, weil dort nicht ausreichend auf Englisch unterrichtet wird – das Bildungssystem gilt als Feindbild. Es ist natürlich eine äußerst umstrittene Herangehensweise, und wir verurteilen diese Gewalt.

Auf der anderen Seite hört man, dass Soldaten anglophone Dörfer niederbrennen und auf Zivilisten schießen.

DELIUS: Ja, das ist eine gängige Situation in vielen Bürger-

kriegsregionen. Ganze Bevölkerungsgruppen werden mit Aufständischen gleichgesetzt, sodass auch gegen Zivilpersonen vorgegangen wird. Die Befürworter des unabhängigen Ambazonia gewinnen dadurch Unterstützung.

Wurde der Höhepunkt des Konflikts denn schon erreicht?

DELIUS: Wenn wir uns die letzten Monate anschauen, muss man deutlich sagen, dass wir uns immer weiter auf eine Eskalation zubewegen. Wir haben immer höhere Zahlen von Flüchtlingen und politischen Gefangenen. Paul Biya wird vor den Wahlen im Oktober nicht viel tun. In diesem Jahr wird politisch nicht mehr groß etwas passieren, militärisch wird es aber immer heikler werden. Das ist eigentlich die schlimmste Konstellation, die man sich vorstellen kann.

Wäre ein unabhängiges Ambazonia denn eine Lösung?

DELIUS: Es ist erst mal wichtig, dass man eine Lösung innerhalb des Staatsverbandes findet und dass die Welt sich nicht in noch mehr Staaten aufteilt. Es geht eher um die Frage, warum Kamerun es nicht schafft, eine Form der Selbstverwaltung für die anglophonen Regionen zu schaffen, die die lokale Bevölkerung zufriedenstellt. Wir beobachten ein Versagen auf ganzer Linie. Kritik wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten angesehen.

Kann die Internationale Gemeinschaft mehr tun?

DELIUS: Natürlich. Kamerun ist zum Beispiel auf allen Ebenen eng mit Frankreich verbandelt. Aber Frankreich ist vorsichtig, denn bedeutet es womöglich einen Einflussverlust, wenn man Biya kritisiert? Wir haben den Eindruck, dass die Welt zuschaut. Das ist ein typisches Beispiel vom Versagen der internationalen Staatengemeinschaft bei der rechtzeitigen Entschärfung eines Konflikts.

Zur Person

ULRICH DELIUS (59) ist der Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfV).



Er ging nach seinem Jurastudium zu der Menschenrechtsorganisation. Delius ist verheiratet, lebt in Göttingen und hat zwei Kinder. (ebr)

Foto: GfV/M.Boettcher

Reaktionen

Sorge in Deutschland

Sowohl international als auch in Deutschland stoßen das Vorgehen der Regierung in Kamerun und die Gewalt der Separatisten auf viel Kritik.

• Auswärtiges Amt:

Auf Anfrage unserer Zeitung gab die Behörde an, die aktuelle Entwicklung mit großer Sorge zu beobachten und mit der Regierung Kameruns im Gespräch zu sein. „Dabei drängen wir auf die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Standards.“ Außerdem mahne man mit EU-Partnern „einen auf Verständigung und Ausgleich ausgerichteten Dialog mit Vertretern der anglophonen Kameruner“ an.

• Freunde von Menschen in den anglophonen Regionen:

Auch aus unserer Region kommt starke Kritik. Kamerunkenner mit Kontakten zur anglophonen Bevölkerung berichten von dramatischen Zuständen in den Dörfern. So sollen Zivilisten erschossen worden oder in ihren Häusern verbrannt sein. Soldaten sollen ganze Dörfer niedergerannt haben, sodass die Bevölkerung in die Wälder geflohen ist. Die Versorgung dort sei schlecht, verschlimmert werde die Situation durch die Regenzeit. Die Freunde der Kameruner fordern die Einhaltung der Menschenrechte und ein Ende der Gewalt.

• Amnesty International:

Die Menschenrechtsorganisation kann bestätigen, dass Militäranghörige Dörfer niedergebrannt haben und es zu außergerichtlichen Tötungen von Zivilisten kam. Infolge der Demonstrationen zwischen 2016 und 2017 wurde zudem für mehrere Monate das Internet blockiert. Auf der anderen Seite haben Separatisten Amnesty zufolge 42 Schulen angegriffen und 36 von ihnen niedergebrannt. Die Kämpfer gingen zudem mit eskalierender Gewalt gegen Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung in den anglophonen Regionen vor. Die Organisation fordert ein unverzügliches Ende der Gewalt und einen Dialog zwischen der kamerunischen Regierung und anglophonen Gemeinschaften.

• Kamerunische Botschaft in Berlin:

Auf telefonische und schriftliche Anfragen unserer Zeitung reagierte die Botschaft Kameruns in Berlin nicht. Eine Stellungnahme zu der Gewalt im Land und der Einstellung zur Unabhängigkeitsbewegung blieb somit aus. (ebr)

Hintergrund

150 000 auf der Flucht

Laut Amnesty International nimmt die Gewalt in Kamerun immer weiter zu. Mitte Juni gab die Menschenrechtsorganisation neue Zahlen heraus:

- 150 000 Menschen wurden durch die Gewalt in den anglophonen Regionen von Anfang 2017 bis Mai 2018 vertrieben.
- In Nigeria haben im selben Zeitraum etwa 20 400 Menschen aus den anglophonen Regionen Asyl beantragt.
- Die Organisation sprach mit über 150 Menschen, die entweder Menschenrechtsverletzungen erfahren oder beobachtet haben.
- Über 30 Demonstrierende wurden in den anglophonen Regionen von Sicherheitskräften getötet, über 500 wurden verhaftet.
- Von September 2017 bis Mai 2018 wurden mindestens 44 Angehörige der Sicherheitskräfte durch bewaffnete Separatisten getötet. (ebr)

Einheitsstaat seit 1972

Kamerun war Jahrzehnte unter Frankreich und Großbritannien aufgeteilt

In Fünftel der Bevölkerung Kameruns lebt in den anglophonen Provinzen Nordwest und Südwest. Insgesamt hat das Nachbarland von Nigeria etwa 25 Millionen Einwohner, rund 2,5 Millionen leben in der Hauptstadt Yaoundé.

Dass es englisch- und französischsprachige Landesteile gibt, geht bis auf den Versailler Vertrag 1919 zurück. Von 1884 bis 1919 war Kamerun deutsche Kolonie, nach dem Ersten Weltkrieg fiel das Land per Vertrag an den Völkerbund, der jeweils ein Mandat an Frankreich und Großbritannien gab. Kamerun wurde aufgeteilt, den Großteil der Fläche erhielten die Franzosen. Sie errichteten eine vollkommen eigenständige Ver-

waltung, die Briten gaben ihrem Teil mehr eigene Rechte.

1960 wurde das französischsprachige Kamerun unabhängig. Auf dem Gebiet der Briten sprach sich die Bevölkerung im Norden per Volksabstim-



Paul Biya, Staatspräsident von Kamerun

mung für eine Angliederung an Nigeria aus, der Süden schloss sich Kamerun an. Das anfangs föderal organisierte Land wurde 1972 zu einem Einheitsstaat umgewandelt.

Seitdem gibt es zwei Amtssprachen, zwei Bildungssysteme

und zwei Rechtssysteme, trotzdem fühlt sich die anglophone Minderheit von Präsident Paul Biya benachteiligt. Dieser regiert das Land seit 1982, inzwischen ist er 85 Jahre alt und wird voraussichtlich bei der Wahl im Oktober wieder antreten, um dann weitere sieben Jahre zu regieren.

Die Unabhängigkeitsbewegung in den anglophonen Landesteilen ist laut Ulrich Delius zersplittert, die Interessenvertretungen „Southern Cameroons National Council“ (SCNC) und „Cameroon Anglophone Civil Society Consortium“ (CACSC) wurden Anfang Januar 2017 verboten. Der Präsident des CACSC wurde festgenommen, inzwischen aber wieder freigelassen. (ebr)

Foto: EPA/Stephanie Lecocq/dpa

